

## PROTOKOLL

### **Anwesende Stimmberechtigte:**

<u>Liste</u>	<u>Name</u>	
SDS	Patrice Hannig	
La D.I.Y. Liberty	-/-	
AfA	Falk Wagner	
AfA	David Ittekkot	
AfA	Stefan Weger	
AfA	Lena Weber	Bis TOP 6.1., danach Julien Hauth
AfA	Pia Liepe	
AfA	Jan Cloppenburg	
AfA	Ali-Aygün Kilincsoy	
AfA	David Ahrens	
CG	Lena Graser	
CG	Julia Olliges	
CG	Sonja Kovacevic	
CG	Johanna Maj Schmidt	Bis TOP 7
CG	Kathleen Pauleweit	
LiSA	Manuel Cordsen	Bis TOP 7
LiSA	Kristin Reimers	
LiSA	Ellen Höhne	Bis TOP 7
RCDS	Moritz Ewert	
RCDS	Luisa-Katharina Häsler	Bis TOP 7
RCDS	Helge Staff	
RCDS	Annika Kieck	
BaLi	Max Gabel	Bis TOP 7
AntiRa	-/-	
AntiRa	-/-	

**Gäste:** Julien Hauth (AfA), Tim Ruland (AfA), Christine Deppe (RCDS), Anja Schachtebeck, Rainer Weisel, Benjamin Wagener, Felix Kahl (CG), Anna Braam, Jochen König (AfA), Björn Knutzen, Annika Barlach, Paula Land (CG), Christian Stürmer (AfA), Christoph Reis (LiSA), Martin Fiebelkorn.

## **Vorgeschlagene Tagesordnung**

### **1. Formalia**

- 1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- 1.2. Beschluss über die Tagesordnung

### **2. Berichte und Aussprache**

- 2.1. Berichte der AStA-Mitglieder (Drs. XIV/19)
- 2.2. Berichte der studentischen Senatsmitglieder
- 2.3. Berichte der studentischen Verwaltungsratsmitglieder des Stw.

### **3. Ordnungsändernde Anträge**

- 3.1. Ordnung zur Änderung der Geschäftsordnung des SR (3. Lesung) (Drs. XIV/20)
- 3.2. Ordnung zur Änderung der Grundordnung, der Finanzordnung und der Wahlordnung (3. Lesung) (Drs. XIV/21)

### **4. Wahl zum Studierendenrat 2012**

- 4.1. Wahl der Wahlkommission
- 4.2. Beschluss über die Wahltag zur Studierendenratswahl 2012

### **5. Studentische Vernetzung**

- 5.1. Mitgliedschaft im freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften e.V. (Drs. XIV/22)

### **6. Haushalt und Wirtschaftsprüfung**

- 6.1. Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012/13 (Drs. XIV/23)
- 6.2. Wahl des Haushalts- und Prüfungsausschusses
- 6.3. Bestimmung einer Wirtschaftsprüfung für das Haushaltsjahr 2011/12

### **7. Weitere Wahlen**

- 7.1. Wahl von zwei ordentlichen und zwei stellvertretenden studentischen Mitgliedern im Verwaltungsrat des Studentenwerks
- 7.2. Neuwahl der Referentin\*des Referenten für Hochschulpolitik
- 7.3. Neuwahl der Referentin\*des Referenten für kritische Wissenschaften

### **8. Weitere Anträge**

- 8.1. Kurse zur akademischen Mehrsprachigkeit (Drs. XIV/24)

### **9. Verschiedenes**

Beginn der Sitzung: 14:05 Uhr

## **TOP 1: Formalia**

Falk Wagner (AfA) eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass mit Schreiben vom 2.2.2012 form- und fristgerecht eingeladen worden ist. Die Sitzung ist mit 22 Stimmberechtigten beschlussfähig.

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird angenommen. Falk merkt an, dass TOP 6 evtl. übersprungen wird und in einer zusätzlichen SR-Sitzung behandelt werden wird. Benjamin Wagener wird als TOP 2.4. zusätzlich über die Stugenkonferenz (Stuko) vom 8.2.2012 berichten.

## **TOP 2: Berichte und Aussprache**

### **2.1. Berichte der AStA-Mitglieder (Drs. XIV/19)**

Helge Staff (RCDS) hat folgende Fragen: Ob der AStA eine Position zur Ombudsperson habe; was das „ideell“ im AStA-Newsletter zu bedeuten habe; ob das Vernetzungskonzept nicht mehr weitergeführt werde.

Stefan Wegner (AfA) antwortet, „ideell“ bedeute, dass es keine finanzielle Unterstützung gebe, sondern sich eher Werbung für Veranstaltungen o.ä. handle. Das Vernetzungskonzept solle in dieser SR-Sitzung weitergeführt werden und wurde nur zwischenzeitlich wegen des Personalwechsels im AStA nicht mehr behandelt.

Benjamin Wagner fragt nach, ob die vom AStA in einer Pressemitteilung geäußerte Meinung zur Zivilklausel bzw. zur Stiftungsprofessur eine Einzelmeinung sei. Jan Cloppenburg (AfA) stellt klar, dass es sich bei Pressemitteilungen stets um die Meinung des gesamten AStA handle.

### **2.2. Berichte der studentischen Senatsmitglieder**

Sonja Kovacevic (CG) berichtet, dass die Zivilklausel zuletzt das wichtigste Thema des Akademischen Senats gewesen sei. Das Ergebnis: Die Zivilklausel wurde bestätigt, eine öffentliche Diskussion sei erwünscht, und die Zivilklausel werde in die Leitziele der Universität aufgenommen. Außerdem solle künftig das Verhältnis zwischen Zulassungen und vorhandenen Studienplätzen 3:1 statt wie bisher 2:1 betragen. Und für ausländische Studierende sollten bald Deutsch-Tests im Goethe-Institut möglich sein.

### **2.3. Berichte der studentischen Verwaltungsratsmitglieder des Stw.**

Paula Land (CG) erklärt, es gebe nichts zu berichten, da keine Sitzung stattgefunden habe.

### **2.4. Stugen-Konferenz**

Benjamin Wagener berichtet, dass die Stuko die Universität auffordere, Stud.IP so umzugestalten, dass Dokumente frei verfügbar sind und man nicht als Teilnehmer in eine Veranstaltung eingetragen sein muss, was das Urheberrecht gar nicht verlange. Ferner habe der Studiengang Integrierte Europastudien die Idee gehabt, die Bundesfachschaftstagung auszutragen; die benötigten Räume und Ressourcen habe die Universität allerdings verweigert, anders als

das bei den Studiengängen Mathematik und Informatik in der gleichen Situation der Fall gewesen sei.

### **TOP 3: Ordnungsändernde Anträge**

#### **3.1. Ordnung zur Änderung der Geschäftsordnung des SR (3. Lesung) (Drs. XIV/20)**

Falk Wagner (AfA) erklärt, dass die Änderungsvorschläge aus der letzten Sitzung eingearbeitet worden seien, inkl. des Genderns. Das Campusmagazin sei in der Grundordnung hingegen nicht mehr enthalten, sondern werde als gesonderte Ordnung noch einmal in Ruhe diskutiert.

Abstimmungsergebnis: 17:4:1. Der Antrag ist mit der notwendigen Mehrheit angenommen.

#### **3.2. Ordnung zur Änderung der Grundordnung, der Finanzordnung und der Wahlordnung (3. Lesung) (Drs. XIV/21)**

Kristin Reimers (LiSA) fragt, warum bei Art. 2 Änderung der Finanzordnung, Abs. 2 eine Zweidrittelmehrheit eingeführt werde, obwohl das BremHG nur „Mehrheit“ festlege. Sie sieht das Gesetz verletzt und beantragt, dies zu ändern. Jan Cloppenburg (AfA) erklärt, dass die Vorschrift nur von einer Mindestanforderung spreche, eine Zweidrittelmehrheit also zulässig sei. Außerdem sei dies mit der Rechtsstelle abgesprochen. Der Antrag auf Änderung wird zurückgenommen.

Ellen Höhne (LiSA) stellt schriftlich folgenden Antrag, über die Änderung der Grundordnung seperat eine Urabstimmung durchzuführen:

*„Der SR möge beschließen, die Änderungen zur Grundordnung des SR als eine grundsätzliche Angelegenheit zu der Studierendenschaft zu begreifen und diese in Form einer Urabstimmung – die wirklich dem Ziel basisdemokratischer Bestimmungswege dient – zu verabschieden.“*

Falk Wagner (AfA) hält dagegen, dass es bereits eine Urabstimmung gegeben habe, die besagte, dass der SR die Grundordnung ändern solle. Die geforderte Urabstimmung hätte hohe Hürden, die nicht unbedingt genommen werden könnten, erst recht nicht mehr innerhalb der gegenwärtigen Legislaturperiode. Außerdem dauere der Arbeitsprozess an den Ordnungsänderungen bereits sechs Monate, in denen sich jeder hätte einbringen können; dieser Antrag komme also sehr spät.

Max Gabel (BaLi) unterstützt Ellens Antrag.

Jan Cloppenburg hingegen findet eine Urabstimmung wenig sinnvoll, da erstens eine Beteiligung von 10% nötig sei, was jedoch nicht einmal bei SR-Wahlen erreicht werde, und zweitens seien die vorgeschlagenen Änderungen der Grundordnung nicht so schwerwiegend, dass eine Urabstimmung nötig wäre. Christian Stürmer (AfA) stimmt dem zu, die Änderungen seien recht fein, und die Studierendenschaft müsste wenn dann viel stärker eingebunden werden anstatt nur abzustimmen; dies wäre überdies kompliziert und teuer.

Kristin Reimers (LiSA) findet die Änderungen nicht fein, bspw. die 1000€-Regelung (Art. 1 Änderung der Grundordnung, Abs. 2a.) schränke den AStA sehr ein. Sonja Kovacevic (CG) betont, dass die genannte 1000€-Regelung gerade für die Opposition sinnvoll sei.

Benjamin Wagener befindet, dass das Basisdemokratie-Argument einer Urabstimmung insofern hinfällig sei, als dass SR grundsätzlich öffentlich tage und jeder Anträge stellen könne. Und eine Urabstimmung würde Studierende eher belästigen als ermächtigen, man siehe allein die niedrigen Besucherzahlen bei SR-Sitzungen.

Lena Graser (CG) ergänzt, der SR sei zwar nicht basisdemokratisch, aber die Bremer Universität habe schlichtweg keine Vollversammlungskultur und zu geringe Teilnehmerzahlen, v.a. bei wenig attraktivem Thema wie der Grundordnung. Kristin Reimers findet den SR ebenfalls nicht basisdemokratisch, und stellt klar, dass eine Vollversammlung keine Urabstimmung sei. Benjamin Wagener meint, dass Studenten schon längst eine Urabstimmung hätten fordern können, und eine Vollversammlung wäre nicht ausreichend. Eine Urabstimmung müsse im Rahmen der Gremienwahlen stattfinden, sonst exorbitante Kosten.

Aygün Kilincsoy (AfA) findet, eine Urabstimmung sei generell begrüßenswert, jedoch hätte schon jetzt jeder am SR teilnehmen können.

Falk Wagner weist darauf hin, dass formelle Ablehnung und inhaltlicher Ablehnung hier vermischt würden. Basisdemokratische Argumente sollten nicht verwendet werden, um inhaltliche Bedenken zu dienen. Außerdem hätte es für formelle wie inhaltliche Wünsche monatelang für jede\*n Gelegenheit gegeben. Über mehr Beteiligung in den AKs hätte er sich gefreut. Kristin Reimers merkt an, dass 1000€-Regelung nicht ihr einziger Kritikpunkt sei.

Abstimmungsergebnis über eine Vertagung und Urabstimmung: 4:14:4. Der Antrag ist abgelehnt.

Abstimmungsergebnis über die Ordnungsänderungen. 17:5:0. Der Antrag ist mit der notwendigen Mehrheit angenommen.

## **TOP 4: Wahl zum Studierendenrat 2012**

### **4.1. Wahl der Wahlkommission**

Die drei Kandidatinnen für die Wahlkommission Anja Schachtebeck, Annika Barlach und Anna Braam stellen sich kurz vor. Es gibt keine Nachfragen.

Abstimmungsergebnis: 18:0:4. Die Kandidatinnen nehmen die Wahl an.

### **4.2. Beschluss über die Wahltag zur Studierendenratswahl 2012**

Anja Schachtebeck erklärt, dass die SR-Wahl 30 Veranstaltungstage vorher ausgeschrieben werden müsse. Angesichts der bis Mitte April gehenden Semesterferien habe man sich für die Woche vom 4.-8. Juni entschieden.

Max Gabel (BaLi) wendet ein, dass erst jetzt gewählte Vertreter\*innen doch gar nicht vorher mit Universität hätten verhandeln dürfen. Falk Wagner (AfA) erwidert, er selbst habe genann-

te Gespräche in seiner Funktion als SR-Präsident geführt; Anja und damals Lena seien zudem bereits technische Beauftragte gewesen, konnten also bereits Gespräche über technische Details wie Wahltermin führen.

Kristin Reimers (LiSA) findet, der Wahltermin läge zu früh. Martin Fiebelkorn ist der gleichen Meinung, findet die Terminfindung willkürlich.

Jan Cloppenburg (AfA) fragt, warum man die Wahlen denn angesichts der Prüfungen ans Ende der Vorlesungszeit legen solle. Sonja Kovaceic (CG) assistiert, unterstützt von Kathleen Pauleweit (CG), dass ein früherer Wahltermin angesichts mehrerer Festivals (z.B. Hurricane oder Festival contre le racisme) durchaus sinnvoll sei.

Falk Wagner erklärt, dass der Universität der Wahltermin relativ egal sei; die vorgeschlagene sei die erstmögliche Wahlwoche, wenn sie gleich zu Beginn des Sommersemesters ausgeschrieben werde. Ein späterer Termin sei also möglich, aber jeweils mit o.g. Problemen verbunden. Und die Konstituierung des SR solle stattfinden, solange das Semester noch läuft. Außerdem solle Wahlkampf stattfinden können, ohne dass Prüfungen dazwischenliegen. Politisches Interesse sei bei der Festlegung des Wahltermins seines Erachtens nach gering.

Martin Fiebelkorn hat hingegen eigene 30-Tage-Zählung, welche den vorgeschlagenen Termin als zu früh ausweise. Anja Schachtebeck weist darauf hin, dass die Universität zu der Anzahl der vorlesungsfreien Tage widersprüchliche Angaben mache. Ihre eigene Zählung ergebe jedoch 30 Tage. Falk Wagner merkt an, er sei auf dasselbe Ergebnis gekommen. Sollte sich dies nicht aufklären, würde der Beschluss neu gefasst.

Abstimmungsergebnis: 17:0:5. Der Antrag ist angenommen.

## **TOP 5: Studentische Vernetzung**

### **5.1. Mitgliedschaft im freien Zusammenschluss von studentInnenschaften e.V. (Drs. XIV/22)**

Stefan Weger (AfA) stellt das Vernetzungskonzept vor: Der AStA habe sich entschlossen, dem fzs zum nächstmöglichen Termin beizutreten, da er das einzige bundesweit wahrnehmbare Bündnis zur studentischen Interessenvertretung darstelle. Dies sei wichtig für Themen wie BAföG u.a. Darüber hinaus wirke der fzs solidarisch gegenüber nicht-verfassten Studierendenschaften in Baden-Württemberg und Bayern, welche durch den fzs unterstützt würden. Sonja Kovacevic (CG) erklärt, dass monatliche Berichte in AStA und SR sowie laufende Evaluationen im Beschluss vorgesehen seien; auch informelle Absprachen sollen rückgekoppelt werden, sofern dies möglich sei. Die eigenen Transparenzansprüche sollen so erfüllt werden.

Benjamin Wagener erfragt, ob es Änderungen an der Beitragshöhe des fzs gegeben habe, und wie hoch der Beitrag sein werde. Zur Solidarität mit anderen ASten sagt er, dass die Bremer Studierenden dies nie ausdrücklich gewünscht hätten, und dass man sich bei nicht-verfassten ASten nicht sicher sein könne über ihre demokratische Verankerung und politische Position. Ferner kämen andere Organisationen mit weitaus geringeren Beitragssätzen aus, die hohen Beiträge für den fzs seien also ungerechtfertigt; die Universität Bremen habe genügend eigene finanzielle Probleme.

Stefan Weger erläutert, dass der Beitragssatz bei 80 Cent pro Student liege; ein jetziger Beitritt würde überdies nur für ein halbes Beitragsjahr sein. Sollte es bald verfasste Studierendenschaften in Süddeutschland gäbe, würden die Beiträge sicher gesenkt. Die südlichen ASten, die er kenne, seien überaus demokratisch; darüber hinaus lasse sich die genaue politische Position eines Akteurs in einem Dachverband nie genau determinieren. Für ihn überwiege das Argument der Solidarität. Pia Liepe (AfA) unterstützt den Antrag. Der Beitrag sei zwar hoch, biete aber einmalige Partizipationsmöglichkeiten. Der fzs bezuschusse bspw. Fahrten, Material u.v.m. Jan Cloppenburg (AfA) vermutet, dass die Beiträge sinken würden, wenn mehr ASten beitreten. Beitragsfreie Verbände leisteten, im Gegensatz zum fzs, ganz andere, weniger intensive Arbeit, und würden z.T. sogar vom fzs finanziert. Lena Graser (CG) ruft in Erinnerung, dass der Bremer AStA gewissermaßen eine privilegierte Position habe, da er sich einen Beitritt leisten könne. Das Solidaritätsargument solle also ganz besonders zählen.

Patrice Hannig (SDS) hingegen meint, er könne dem Antrag keine Zustimmung geben, da die finanzielle Umverteilung nicht funktionieren werde.

Benjamin Wagener stellt klar, er spreche sich nicht gegen Solidarisierung aus, sondern gegen die Beitragshöhe. Der fzs habe ungerechtfertigt hohe Beiträge für unnötige Posten; andere arbeiteten ehrenamtlich.

Lena Weber (AfA) erwidert, der Bremer AStA habe auch teil- bzw. vollzeitig Beschäftigte, der fzs solle dies also auch haben dürfen, anstatt nur projektbezogen und ehrenamtlich zu arbeiten. Aygün Kilincsoy (AfA) ist der Meinung, dass die Existenz beitragsfreier Verbände das Bestehen beitragspflichtiger Verbände nicht ausschließe, v.a. wenn sich Studierende dort so engagieren, dass sie dafür auch finanziell entschädigt werden. Nicht-legitimierte ASten (bspw. in Baden-Württemberg) hätten auch keine Bezahlung, und diese bekämen auch kein Geld vom fzs. Christian Stürmer (AfA) findet, dass die im fzs arbeitenden Studierenden eine finanzielle Gegenleistung verdienen; ein rein ehrenamtliches Engagement sei gar nicht möglich. Der Bund werde wohl kein zusätzliches Geld mehr für Hochschulbildung bereitstellen, also sei jeder Euro für die studentische Interessenvertretung gut angelegtes Geld. Jan Cloppenburg spekuliert, dass bei einem Wegfall von Aufwandsentschädigung für vollzeitig Arbeitende nur noch diejenigen engagieren könnten, die genügend Geld besitzen, und das sei nicht in seinem Sinn. Ferner finde kein kopfloser Transfer in den Süden statt, dieser sei projektbezogen. David Ittekkot (AfA) ergänzt, dass es ohne fzs nur noch stückweise Arbeit gäbe, was nicht wünschenswert sei.

Benjamin Wagener sagt aus, er sei nicht gegen Beitragszahlungen an sich, sondern gegen die Höhe und die jeweilige Rechtfertigung. Projektweise Zahlungen fände er besser als Pauschalzahlungen. Er fragt, ob Vollzeit-Interessenvertreter\*innen denn überhaupt noch Studierende vertreten könnten. Max Gabel (BaLi) unterstützt Benjamin.

Stefan Weger führt aus, dass derjenige, der zahlt, beim fzs auch mitbestimmen könne, z.B. über Projekte und Geldzuweisungen; eine demokratische Legitimation sei also gegeben. Es könne außerdem nicht alles auf lokaler Ebene erledigt werden, also brauche man den bundesweit präsenten fzs für seine Interessenvertretung.

Kristin Reimers (LiSA) möchte wissen, wie schnell man wieder austreten könne oder ob ein fzs-Beitritt ein Knebelvertrag sei. Es sei ja kein SR-Beschluss notwendig, und der letzte Austritt habe sehr lange gedauert. Jan Cloppenburg und Sonja Kovacevic weist darauf hin, dass in der Tat ein SR-Beschluss nötig sei. Ein Vereinsbeitritt könne darüber hinaus einfach wieder

rückgängig gemacht werden, die Fristen dürften im Monatsbereich liegen. Damals sei der AStA nicht regulär ausgetreten, sondern habe lediglich aufgehört zu zahlen, daher habe es ein Verfahren gegen ihn gegeben.

Lena Graser weist darauf hin, dass der fzs in einigen Punkten sicherlich kritikwürdig sei, doch hier im SR seien gar keine echten Argumente gegen einen Beitritt, sondern nur Schein-Argumente auf „Bild“-Niveau zu hören seien.

Kristin Reimers stellt klar, dass die Oppositions-Kritik am fzs doch längst bekannt sei. Benjamin Wagener echauffiert sich, es würden hier keine Argumente auf „Bild“-Niveau vorgebracht. Er finde nur die Bezahlung für fzs-Mitarbeiter nicht angebracht, und die Bremer Studierenden seien nie gefragt worden, ob sie dem fzs eigentlich beitreten wollen.

Lena Weber denkt, dass an dieser Stelle keine Grundsatzdebatte über repräsentative Demokratie nötig sei. Die AfA-Wähler\*innen hätten um den gewünschten fzs-Beitritt gewusst. Die ganze Diskussion sei schon alt, dafür aber auf niedrigem Niveau, siehe der vorgebrachte Vorwurf, die fzs-Mitarbeiter führen die ganze Zeit mit einer Bahncard 100 durch das Land. Sonja Kovacevic pflichtet ihr bei, es gebe keine vollständige Alternative zur Stellvertreter\*innendemokratie, schließlich sei auch der SR so aufgebaut.

Falk Wagner meint, dass die Süd-ASten nicht für angebliche Demokratie-Mängel, die gegen ihren Willen bestehen, bestraft werden sollten. Gleiches gelte für Inhalte und Strukturen des fzs, wenn man selbst sich weigere, sie mitzubestimmen. Außerdem sei die Kritik an den Aufwandsentschädigungen der fzs-Mitarbeiter unangebracht; sie sei sogar gering angesichts der Arbeit und angesichts der investierten Studiumszeit; dies sei eine Neiddebatte. Nötig seien Aufwandsentschädigungen auch für andere Engagierte, damit nicht nur Privilegierte sich engagieren könnten. Unehrllich finde er es, wenn sich der ehemalige AStA über die Bahncard 100 der fzs-Vertreter\*innen aufrege, nachdem er sich jahrelang selbst hohe Fahrtkostenübernahmen genehmigt habe. Er würde es begrüßen, wenn sich von allen konstruktiv auf die gewünschten Veränderungen im fzs konzentriert würde und so die Auseinandersetzung um Bundespolitik auch stärker ein Gewicht bei den SR-Wahlen bekäme.

Max Gabel würde solche Veränderungen lieber als Bedingung für einen Beitritt an den fzs richten.

Ellen Hökne (LiSA) möchte wissen, was denn die Vorteile eines Beitritts seien.

Sonja Kovacevic nennt die Mitsprache und Interessenvertretung bei Themen wie der Zivilklausel und der Exzellenzinitiative. Julia Olliges (CG) weist darauf hin, dass besonders Themen wie die Exzellenzinitiative weitergehende Vernetzung benötigten. Pia Liebe (AfA) benennt das Deutschlandstipendium als ein weiteres zentrales Thema für den fzs. Stefan Weger weiß, dass die Exzellenzinitiative momentan kein Thema mehr im fzs sei, da eine umfassende Bearbeitung bereits stattgefunden habe. Ein weiteres Beispiel sei die Abschaffung des Kooperationsverbots (in Folge einer Bundesratsinitiative aus Schleswig-Holstein). Aygün Kilincsoy berichtet, dass der fzs während des Bologna-Prozesses ein großes Mitspracherecht hatte und sogar sein Veto einlegen konnte (bspw. gegen Bachelor-Studiengänge in vier Semestern). Jan Cloppenburg weist noch darauf hin, dass der fzs diverse Festivals veranstaltet bzw. koordiniert, und dass vom fzs auch gerichtliche Stellungnahmen eingeholt würden.

Abstimmungsergebnis: 13:9:0. Der Antrag ist angenommen.



Falk Wagner schlägt aus Zeitgründen vor, TOP 7 vorzuziehen und die restlichen TOP wenn nötig bei der nächsten Sitzung zu behandeln. Dies wird allgemein angenommen.

## **TOP 7: Weitere Wahlen**

### **7.1. Wahl von zwei ordentlichen und zwei stellvertretenden studentischen Mitgliedern im Verwaltungsrat des Studentenwerks**

Falk Wagner (AfA) erklärt, dass zwei ordentliche und zwei stellvertretende Mitglieder in den Verwaltungsrat des Studentenwerks zum 01.03. zu wählen seien. Es kandidieren Paula Land (CG) und Jan Cloppenburg (AfA) als ordentliche und Aygün Kilincsoy (AfA) und Elena Reichwald (AfA) als stellvertretende Mitglieder. Es gibt keine weiteren Kandidat\*innen. Diese stellen sich vor, es gibt keine Nachfragen.

Wahlergebnis: 13:0:9. Die Kandidat\*innen sind damit gewählt. Sie nehmen die Wahl an.

### **7.2. Neuwahl der Referentin\*des Referenten für Hochschulpolitik**

Tim Ruland (AfA) stellt sich vor; es gibt keine Nachfragen. Es gibt keinen weiteren Kandidat\*innen.

Aus Zeitgründen wird eine verbundene Einzelwahl mit TOP 7.3. beschlossen.

### **7.3. Neuwahl der Referentin\*des Referenten für kritische Wissenschaften**

Felix Kahl (CG) stellt sich vor; es gibt keine Nachfragen. Es gibt keinen weiteren Kandidat\*innen.

Abstimmungsergebnis für Tim Ruland: 13 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltung, 3 ungültig Der Kandidat ist gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Abstimmungsergebnis für Felix Kahl: 13 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltung, 3 ungültig Der Kandidat ist gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Die Sitzung wird für 15 Minuten unterbrochen und um 16:15 im Raum SFG 0150 mit TOP 6 und 8 fortgesetzt.

## **TOP 6: Haushalt und Wirtschaftsprüfung**

### **6.1. Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012/13 (Drs. XIV/23)**

Falk Wagner (AfA) informiert, dass der Personalrat bemängelt habe, nicht genügend Mitsprache beim Haushaltsplan des AStA zu haben. Er sagt, dies sei eher ein Problem des AStA als des SR. Außerdem hätten einige SR-Mitglieder die Sitzung bereits verlassen, weswegen eine endgültige Entscheidung über den Haushaltsplan evtl. besser in die nächste Sitzung verschoben werden sollte. Jan Cloppenburg (AfA) meint, der Haushaltsplan solle ausführlicher diskutiert werden, als das in dieser Sitzung möglich wäre, also solle Falks Vorschlag zugestimmt werden. Er erklärt, dass die Frage nach der formellen Zusammenarbeit zwischen AStA und

Personalrat ungeklärt sei. Kristin Reimers (LiSA) würde die Diskussion lieber direkt austragen.

Martin Fiebelkorn will erst die Zustimmung des SR haben, bevor er sich in seiner Funktion als Personalratsmitglied äußert. Diese Zustimmung ist gegeben. Er führt aus, dass der Personalrat nicht ausreichend vom AStA über den Haushaltsplan informiert worden sei. Es seien Stellenpläne angefordert, jedoch nicht vollständig geliefert worden. Der Personalrat bitte den SR also, angesichts dieser Sachlage noch keine Entscheidung über das Thema zu treffen. Jan Cloppenburg erklärt, die Frage der Stellenpläne werde intern noch geklärt werden; bis zur nächsten Sitzung habe man also Zeit, sich darüber abzustimmen.

Falk Wagner schlägt vor, dass der Haushaltsplan also erst in der nächsten Sitzung verabschiedet wird. Helge Staff (RCDS) fragt, ob dann der gesamte TOP 6 verschoben werden solle, was er befürworten würde.

Jan Cloppenburg schlägt vor, TOP 6.2. und 6.3. sofort zu diskutieren. Er erklärt das Verfahren zu TOP 6.3.: Der AStA habe fünf vertraulich zu behandelnde Angebote über eine neue Wirtschaftsprüfung eingeholt. Diskutabel sei, ob die Angebote anonym diskutiert werden, oder ob das Verfahren nicht-öffentlich werde und die Firmennamen enthüllt werden. Sonja Kovacevic spricht sich für eine Abstimmung mit den anonymisierten Daten aus. Helge Staff wäre mit einem anonymen Verfahren einverstanden, allerdings erst in der nächsten Sitzung. Er fragt, ob der AStA bereits einen Favoriten habe, und ob es eine kleine oder eine große Prüfung werden solle. Jan Cloppenburg sagt, es wäre kein wirkliches Problem, die Abstimmung zu verschieben, wenngleich es gut wäre, schnell ein Angebot anzunehmen. Er sagt aus, dass es keinen Favoriten gebe, zumal der AStA seinen Wirtschaftsprüfer nicht selbst bestimmen solle. Die beiden teuersten Angebote seien jedoch wenig wünschenswert. Die Prüfung werde vermutlich nicht „groß“ werden, da hierfür kein wirklicher Bedarf bestehe. Sollten die Berichte eher kurz ausfallen, würden bei einigen Angeboten in den Folgejahren wohl die Kosten sinken.

Falk Wagner schlägt vor, TOP 6.1. und 6.2. nur zu besprechen, die Abstimmungen aber auf die nächste Sitzung zu verschieben, 6.3. sofort zu entscheiden. Dies wird angenommen.

Zum Haushaltsplan wünscht Lena Graser (CG) eine kurze Erklärung. Jan Cloppenburg erläutert, es habe nur wenige Veränderungen auf der Einnahmeseite gegeben, allerdings verringere sich die Zahl der Studierenden (u.a. durch das Auslaufen der alten Studiengangsformen), womit auch die Einnahmen sinken würden. Auf der Ausnahmenseite habe sich ebenfalls wenig geändert. Für Rechtsfälle fielen dieses Jahr keine Kosten an. Bei den Personalausgaben sei noch etwas Luft nach oben. Für das Campusmagazin würden rund 6% der allgemeinen Studierendenschaftsbeiträge vorgehalten, neu seien die fzs-Beiträge.

Benjamin Wagener fragt nach, warum trotz der Kostenüberschreitungen bei den Posten 511 (Geschäftsbedarf) und 513 (Postdienst- und Telekommunikationsgebühren) wieder ein ähnlicher Ansatz gewählt wurde, anstatt diesen zu erhöhen, da der Geldfluss die Ansätze zuvor stark übertroffen habe. Jan Cloppenburg verweist darauf, dass vieler dieser Ausgaben vor Amtsantritt des jetzigen AStAs veranlasst seien worden, die Ausgaben sich also zukünftig anders gestalten würden.

Kristin Reimers fragt, woher die drastische Absenkung des Ansatzes bei Posten 1221 (Erlöse Druckaufträge AStA) stammt.

Jan Cloppenburg erklärt, dass die Ansätze sich an den realen Geldflüssen der letzten zwei Jahre orientieren.

Falk Wagner (AfA) bemerkt, dass die Entwicklung der Teilhaushalte Druckerei und Kfz ihm Sorge bereite. Mittelfristig müssten die bestehenden Konzepte überarbeitet werden. Kristin Reimers fragt, was aus den vielen Ideen zur Erhaltung der Druckerei geworden sei. Benjamin Wagener weist darauf hin, dass die Druckerei bspw. für Farbdruck nicht ausreichend ausgerüstet sei. Außerdem kämen von den Stufen immer weniger Druckaufträge. Lena Graser erinnert daran, dass die Stuko und der AStA damals übereingekommen seien, am Status quo der Druckerei vorerst nichts zu ändern. Martin Fiebelkorn erzählt, dass er Ende 2010 einige Vorschläge zur Zukunft der Druckerei gemacht habe, Rückmeldungen habe es aber nicht gegeben. Dies wirke sich wiederum auf den jetzigen Haushaltsplan aus, da für ihn teilweise die Grundlagen fehlten.

Helge Staff fragt, wie der AStA mit der Aussicht auf sinkende Erträge und wahrscheinlich nunmehr zwei defizitären Teilhaushalten umgehen bzw. ob er dazu ein Konzept erarbeiten werde. Jan Cloppenburg sagt zu, sich mit den angesprochenen Fragen im AStA zu befassen.

## **6.2. Wahl des Haushalts- und Prüfungsausschusses**

Der TOP wird auf die nächste SR-Sitzung verschoben.

## **6.3. Bestimmung einer Wirtschaftsprüfung für das Haushaltsjahr 2011/12**

Falk Wagner (AfA) stimmt mit Jan Cloppenburg überein, dass die Angebote a) und e) zu teuer erscheinen, und dass die „knappe Angebotsdarstellung“ von Anbieter b) wenig vertrauensvoll daherkommt.

Die weitere Diskussion dreht sich im Detail um die Angebote c) und d). Für c) wird die Erfahrung des Unternehmens im öffentlichen Sektor und die gute Angebotsdarstellung, für d) die Stellung des Anbieters als kleiner Betrieb und die im Verhältnis zur geringeren Angebotssumme ebenfalls gute Angebotsdarstellung angeführt.

Abstimmungsergebnis der Stichwahl zwischen c) und d): 3 Stimmen für c), 10 Stimmen für d). Angebot d) wird angenommen, es handelt sich hierbei um die Willer, Kettenburg, Heyduck & Partner GmbH, Bremen.

## **TOP 8: Weitere Anträge**

### **8.1. Kurse zur akademischen Mehrsprachigkeit (Drs. XIV/24)**

In einer Abstimmung, wann TOP 8 behandelt werden soll, spricht sich eine Mehrheit von sieben zu sechs Stimmen für eine Verschiebung auf die nächste SR-Sitzung aus.

## **TOP 9: Verschiedenes**

Benjamin Wagener äußert sich über das Wiki: Die besprochenen Schutzmaßnahmen gegen den Spam würden bald ergriffen. Die Ausgestaltung und Verwaltung des Wiki müssten aber neu geregelt werden, da er sein Studium bald abschließen werde. Da es keinen im SR aktiven

Informatik-Studenten mehr gebe, müsste sich evtl. das Präsidium um das Wiki kümmern, sofern es überhaupt weiterhin existieren soll.

Falk Wagner (AfA) schlägt vor, dieses Thema im nächsten Semester (April 2012) zu behandeln, da die Agenda dann weniger voll sei. Alternativ zum Wiki wäre eine Wordpress-Seite oder eine Seite im Design der Universität denkbar. Letzteres würde die Diskussion um die politische Bedeutung der jeweiligen Farbgebung ersparen. Er bittet alle Listen, sich bis zum SoSe darüber zu beraten.

Helge Staff (RCDS) fragt, ob es jemandem im Informatik-Stuga gebe, der die technische Betreuung übernehmen würde. Benjamin Wagener antwortet, dass der Stuga bereits sehr ausgelastet sei; evtl. ließe sich ein\*e dann zu vergütende\*r Student\*in finden.

Ende der Sitzung: 17:17

Für das Protokoll: David Ahrens.